

Die Redaktion ist für den Inhalt der Artikel verantwortlich. Die Redaktion ist für den Inhalt der Artikel verantwortlich.

Die Redaktion ist für den Inhalt der Artikel verantwortlich. Die Redaktion ist für den Inhalt der Artikel verantwortlich.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Urheber des Weltkrieges.

## Sie wollten den Krieg!

Paris, 14. März. (Telegraphenkompanie.) Das „Journal des Debats“ veröffentlicht zwei Depeschen des österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin, Grafen Széghenyi-Matich, die an das kaiserliche Amt nach Wien adressiert waren. Die erste lautet:

Berlin, 25. Juli 1914. Hier herrscht allgemein die Ueberszeugung, daß Serbien das Ultimatum zurückweisen wird und wir sofort mit der Kriegserklärung und dem Beginn des Feldzuges antworten müssen. Wenn sich eine andere Nacht einmengen sollte, so können wir trotzdem den Feldzug nicht mehr verzögern. Man rät mir dringend, wie sollen zu handeln beginnen, um die Welt vor eine abgeschlossene Tatsache zu stellen.

Die zweite Depesche lautet:

Streng vertraulich. Nummer 307. Berlin, 27. Juli 1914. Der deutsche Staatssekretär hat mir unter Geheimhaltung mitgeteilt, daß an Erstellen wahrheitlich in kurzer Zeit ein englischer Vermittlungsversuch eintreffen wird. Die deutsche Regierung erklärte auf das Bestimmteste, daß sie an dieser Aktion überhaupt nicht teilnehmen wird, und protestiert dagegen, daß dieser Vermittlungsantrag berücksichtigt werde. Man teilt mir dies blos deswegen mit, weil es die englische Regierung so wünscht.

Die wiedergegebenen Depeschen gehören zu den wichtigsten Dokumenten, die den Ursprung des Weltkrieges aufdecken. Sie weisen unabweislich darauf hin, daß die Urheber des Mordverbrechens in Berlin saßen.

## Befähigte Seelengemeinschaft.

Die Gorde-Kavallerie-Schützen-Division schreibt dem „Vorwärts“:

In Nr. 129 der „Freiheit“ wird der Reichswehrminister Roske angegriffen, weil er zur Hochzeit des Hauptmanns Bobst eine Glückwunschkarte geschickt hat. Es wird behauptet, Hauptmann Bobst habe beim Vorlesen der Depesche eine „trumpfierende“ und überdies noch ungehörige Bemerkung gegen den Minister gemacht. Tatsächlich hat der Reichswehrminister die Glückwunschkarte abgeschickt. Selbstverständlich hat Hauptmann Bobst nur seiner Freude über die Aufmerksamkeit des Ministers Ausdruck gegeben, da es unter vorkriegsartigen Zeiten nicht üblich ist, Gratulationen zu bejahen.

Ohne Kommentar und an ganz versteckter Stelle gibt der „Vorwärts“ diese Auskunft wieder, die bestätigt, daß Herr Roske den der Beihilfe an dem Mord von Liebknecht und Luxemburg dringend verdächtigen Hauptmann Bobst so hochschätzte, daß er ihm zu seiner Hochzeit gratulierte.

Seelengemeinschaft zwischen Roske und Bobst! Zeigt das nicht deutlicher als lange Abhandlungen den Geist, der die führenden Männer der jetzigen Regierung beherrscht?

## Das Ende einer Lüge.

Der Polizeipräsident von Lichtenberg, Freiherr von Sal-muth, veröffentlicht jetzt in der Antipresse Lichtenbergs einen Nachruf, der inhaltlich eine Anerkennung der Tatsache bedeutet, daß der Schwindel über die Bolschewisten wohl das Angeheuerste ist, was jemals von amtlicher Seite geschrieben worden ist. Daran sind wir nach der Richtung hin in Deutschland unter dem alten Regime etwas gewöhnt gewesen.

Der Lichtenberger Polizeipräsident, der so auch an „Ar-marbeiten“ schütz haben sollte, ist eigens aus seinem Grabe auferstanden, um durch seine Unterschrift zu bezeugen, daß nicht 150, nicht 80, auch nicht nur 60 Bolschewisten in Lichtenberg „ermordet“ wurden, sondern daß den Kämpfern — sage und schreibe — zwei Beamtet zum Opfer fielen. Davon fiel der Polizeiwachtmeister Raschke im Kampf. Nur von dem Polizeiwachtmeister Lab-ber wird auch jetzt noch behauptet, er sei als Gefangener „ruchlos erschossen“. Auf Grund welcher Unterlagen das behauptet wird, geht aus der amtlichen Publikation nicht hervor.

Auf Grund dieser jetzt eben zusammengebrachten Lüge über Lichtenberg verhängte Herr Roske das Standrecht. Daraus, zum allergrößten Teil völlig unschuldige Menschen, mußten ihr Leben lassen, weil dieses Standrecht in der Gasse aufgeschützter Soldaten zu einem Nothrecht wurde.

## Ruhe in Adlershof.

Der von den Regierungstruppen in Adlershof heraufbeschworene Konflikt ist inzwischen beigelegt worden. Ein Mitglied des K. und S. Rates hat gestern nachmittags mit Herrn

Roske verhandelt. Dort wurde ihm mitgeteilt, daß die Truppen bereits Befehl zum Abziehen hätten. Sie werden im Laufe des Mittwochs Adlershof verlassen. Die Ruhe in der Gemeinde ist nunmehr wieder gesichert.

Das Regiment Oden möchte aus seiner kläglichen Aktion trotzdem noch einen Erfolg machen. Es ist verärgert darüber, daß der Konflikt auf dem Wege der Verhandlung beigelegt wurde und teilt deshalb in der Presse mit, daß die Zurückziehung des Regiments aus Adlershof nicht auf die Einwirkung der dortigen Bürgerschaft beim Reichswehrminister zurückzuführen sei, vielmehr habe das Regiment schon seit einigen Tagen genau dargelegene Befehle, die von vordem die Räumung des Dorfes für den Mittwoch vorsehen.

Also: Nur keine Verhandlungen! Es wird nur noch militärischen Grundregeln geachtet. Wie in Belgien.

## Undisziplinierte Truppen.

In dem amtlichen Bericht über die Posenen Polenverhandlungen vom 18. März heißt es unter anderem:

In der Besichtigung am 15. März verlangte der französische General Riehel die Zurücknahme der freiwilligen Verbände. Er schob die Schuld an dem dauernden Gefährde und den keinen Kämpfen an der Polenfront auf sie, da es undisziplinierte Truppen seien, die sich auf eigene Faust andauernd Uebergriffe erlaubten.

Diese höchst unerfreuliche Nachricht bestätigt in vollem Umfange unseren Standpunkt gegenüber den Freiwilligen-Verbänden. Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, daß diese Verbände eine Gefahr bedeuten noch innen wie nach außen.

Die Erfahrungen, die Berlin mit ihnen gemacht hat, bestätigten das und machen es zugleich leider höchst wahrscheinlich, daß der französische General mit seinen Behuldigungen Recht hat. Wenn nun die Entente auf Grund solcher Berichte erneut zu beschämenden und bedrückenden Maßregeln greift, so wissen wir, wen wir das verdanken: den Freiwilligen-Verbänden und ihren Organisatoren.

## Das Gewitter steigt.

Paris, 10. März. Marcel Cachin schreibt in „Humanité“: Wenn unsere Gewisse glauben, den Krieg durch den Sieg der Dage abzuschaffen zu können, so sind sie in einer schrecklichen Illusion befangen. Das Gewitter steigt überall herauf. In Rußland, Deutschland, im alten Oesterreich streben die Völker mit aller Kraft nach einer neuen sozialen Ordnung. Auch bei uns in Frankreich werden die Fälligkeitstermine festschick. Ueberall macht sich eine Beunruhigung der Welt bemerkbar, die großen historischen Ereignissen vorausgeht. Während dessen versuchen unsere Gewisse einzig einen Gewaltfrieden aufzubauen und leisten in wahrstimmiger Weise dem einzigen Mann Widerstand, der allein den verhängnisvollen Konflikt vermeiden könnte.

## Sozialisierungsministerium in Ungarn.

Budapest, 10. März. Der Ministerrat beschloß die Errichtung eines Sozialisierungsministeriums, welches die in der Verwaltung der verschiedenen Ministerien befindlichen Industriebetriebe übernehmen, ferner die staatliche Verwaltung der zur Sozialisierung erlösten Industriebetriebe vorbereiten und durchzuführen wird.

Wann wird die „sozialistische“ Regierung Deutschlands sich zur Errichtung von besonderen Ministerien für die Sozialisierung entschließen?

## Die Internationalisierung des Kieler Kanals.

Paris, 18. März. Nach dem diplomatischen Situationsbericht sind die beiden Fragen der deutschen Kabelle und des Kieler Kanals noch zu regeln. Es handelt sich dabei darum, ob die deutschen Kabelle zurückgegeben oder unter die Alliierten verteilt werden sollen, und ob der Kieler Kanal im Besitz der Deutschen gelassen werden soll, unter der Forderung der Schließung der Beseitigungen, oder ob die Durchfahrt internationalisiert werden soll. — Es scheint, daß die Verletzung der Kabelle unter die Alliierten und die Einrichtung einer internationalen Verwaltung, ähnlich wie beim Suezkanal, jetzt ins Auge gefaßt werden sollen. Beide Fragen sollen übrigens in wenigen Tagen entschieden werden.

## Politik gegen das Proletariat.

Der „Vorwärts“ bemüht sich mit aller Kraft gegen die Unabhängigen dieselbe Sparstimmung zu erwecken wie seinerzeit gegen den Spartakusbund. Damals hatte seine Hebe sehr viel dazu beigetragen, daß jene Atmosphäre erzeugt wurde, in der die schreckliche Ermordung von Liebknecht und Rosa Luxemburg erst möglich wurde. Nun versucht der „Vorwärts“ dasselbe gegen die Unabhängigen. Er findet dabei die wärmste Unterstützung bei den von der Schwerindustrie ausgehenden Organen wie der „Post“ und „Berliner Neuesten Nachrichten“, während sich die liberale Presse immerhin von solchen Ausschreitungen einermaken fern hält.

Der „Vorwärts“ befolgt dabei genau dieselbe Methode, wie sie seinerzeit bei der Verhängung des Sozialistengesetzes befolgt wurde und seitdem bei jeder Begründung von Gewaltmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie beliebt wurde. So wie damals das Attentat Robilines der Sozialdemokratie an die Korkkiste geknüpft wurde, und die Partei wegen ihrer angeblich aufreizenden Kattation für die unflinchtige Gewalttat verantwortlich gemacht wurde, so knüpft jetzt der „Vorwärts“ als Organ Roskés und Seines, die Gewalttaten der Unabhängigen Sozialdemokratie auszuwickeln. Können aber die Reaktionen der alten Zeit immerhin in ihrer familiären Verbindung noch zum Teil guten Glanzes gewesen sein, so handelt der „Vorwärts“ wider besseres Wissen. Denn er weiß, daß die Gewalttaten mit dem Generalstreik in keinem Zusammenhang stehen, er weiß, daß der Generalstreik bei der Stimmung der Berliner Arbeiterchaft gar nicht zu verhindern gewesen wäre und daß ein großer Teil der rechtssozialistischen Arbeiterräte für den Generalstreik gestimmt haben. Aber das tut nichts, die Fortschritte der Unabhängigen Sozialdemokratie müssen um jeden Preis gehemmt werden. Und daher die täglich höher steigende Schammut in den Spalten des „Vorwärts“.

Uns schadet das nicht viel. Wir wissen, daß der „Vorwärts“ und daher zum Teil seine Mut — in der Berliner Arbeiterchaft fortgesetzt keinen Boden verliert und daß seine Haltung in den letzten Wochen auf starken Widerspruch seiner Leser gestoßen ist. Aber das Bedenkliche ist, daß diese Hebe des „Vorwärts“ Wasser auf der Mühle der Reaktion ist. Er stärkt damit den Soldnermilitarismus, hebt einen Teil der Arbeiterchaft gegen den anderen und erleichtert damit alle gegen-revolutionären Bestrebungen.

Es ist übrigens mandmal trotz alledem belustigend, was für Argumente der „Vorwärts“ in seinem Kampfe gebraucht. Jetzt macht er uns dafür verantwortlich, daß die Streiks und Unruhen, die wir kürzen, die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes von den Vorkäugen im Ausland ablenke. So beachte das deutsche Volk gar nicht, daß Italien fremdsprachige Gebietsteile für sich in Anspruch nimmt. Der „Vorwärts“ scheint da eine neue Walse einlegen zu wollen, auf der die Melodie abgedruckt werden soll: für einen schlechten Frieden ist nicht der verlorene Krieg, nicht die stehende Politik der Regierungssozialisten, die nicht einmal ihre kompromittiertesten Leute den Interessen der Notwendigkeit der auswärtigen Politik zum Opfer bringen wollten, nicht der Ententeapitalismus schuld, sondern die Unabhängige Sozialdemokratie, die bekanntlich immer die Kriegspolitik der Regierung unterstützt, damit zur Kriegsverlängerung sehr viel beigetragen und so die Katastrophe mit herbeigeführt hat.

In Wirklichkeit bedauern auch wir, daß das deutsche Volk so wenig Aufmerksamkeit auf die auswärtigen Dinge verwendet und sich darin heute noch genau so von der Regierung hängen läßt, wie nur je vor und während des Krieges. In derselben Nummer des „Vorwärts“ findet sich die Übergabe von Verhandlungen der Waffenstillstandskommission, die allerdings einige sehr interessante Momente zeigen. Der deutsche Vertreter, General von Hammerstein, erzählte da den Alliierten stolz, daß sich die Lage im Osten verbessert habe. Die deutschen Truppen hätten weitere Fortschritte gegen die Bolschewisten gemacht. Und er bat die Alliierten um gewisse Erleichterungen, um erfolgreicher vorgehen zu können. Und er suchte weiter den Alliierten klar zu machen, daß sie ihren Einfluß auf Polen benutzen sollten, damit auch die Polen gegen den Bolschewismus aktiver auftreten. Es ist allerdings eine etwas komplizierte Politik: Auf der einen Seite sind die Polen bekannt-



sch unsere Weisheit, wenn die nicht genau freiwillig erworben werden können, auf der anderen Seite wollen sie als unsere Bundesgenossen gegen die Bolschewiki kämpfen.

Der Vertreter der Alliierten, General Rüdiger, war aber von dem Vordring sehr befriedigt. Es sei bereits ein französischer General nach Paris aus entsandt worden, der die Aufgabe habe, den Widerstand an der Ostfront zu organisieren. Die von ihm verfolgten Ziele stimmten mit denen der deutschen Regierung überein und es sei zu hoffen, daß in Kürze der Zweck erreicht werde, eine Schranke gegen das weitere Eindringen der Bolschewisten zu errichten.

So organisiert die deutsche sozialistische Regierung als Beauftragter des Entente-Kapitals den Krieg gegen das Sowjetrußland. Vergebens fragt man sich, was dieser Krieg denn eigentlich bezwecken soll. Der vorgegebene Grund, das Eindringen des Bolschewismus zu verhindern, ist genau so erlogen wie die Kriegsursachen der alten Regierungen. Die Bolschewiki sind weder wirtschaftlich noch militärisch in der Lage, einen solchen Krieg zu führen. Der Krieg wird auch gar nicht auf deutschem Boden, sondern auf dem des ehemaligen russischen Reiches geführt. Wäre der angebliche Grund der wirkliche, müßte die Organisation eines Grenzschutzes ausreichen. Die wirklichen Gründe sind anderswo zu suchen. Einmal wollen die Militärs den Krieg, Sindenburg und das Große Donotwartariat muß seine Volksherrschaft haben. Damit hat der Krieg im Interesse der baltischen Barone und wir haben erst kürzlich gesehen, welche sozial-reaktionäre Zwecke die deutsche Regierung in den Ostprovinzen betreibt. Die militaristischen und reaktionären Kreise bemühen so die sinnlose Anstrengung der Sozialisten vor bolschewistischen Angriffen, um ihre Politik ihren Interessen dienlich zu machen. Und das alles tut der Entente-Kapitalismus, der jetzt in dem „sozialistischen“ Deutschland seinen Vorkämpfer haben kann.

Eine vernünftige auswärtige Politik wäre bereits längst sowohl mit Rußland als mit Polen zu festen Abkommen gelangt. Die sogenannte sozialistische Regierung mußte zur Einstellung des Krieges gegen Polen erst durch die Entente gezwungen werden und führt den Krieg gegen Rußland weiter im Interesse und im Auftrag der Entente. Ein Krieg, der politisch die Gefahr und Erstarrung des Militarismus in sich schließt und wirtschaftlich außerordentlich schwere Opfer kostet. Ein Krieg, der durch Verhandlungen beendet werden könnte. Aber von diesen Verhandlungen ist keine Rede und alle Anstrengungen der Regierung gehen dahin, von der Entente die Erlaubnis zu erwirken mit noch größeren Mitteln den Krieg fortsetzen zu können.

Wir haben also auch allen Grund, zu bedauern, daß das deutsche Volk den auswärtigen Dingen zu wenig Interesse entgegenbringt. Sonst wäre allerdings eine Politik unmöglich, die in den auswärtigen Angelegenheiten in nicht geringem Maße den proletarischen Interessen widerspricht als in der inneren.

### Der Rücktritt von Gerlach.

In Erwägung unserer Mitteilung über die Gründe des Rücktritts Gerlachs, sowie im Hinblick auf Verände der bürgerlichen Presse, dem Rücktritt unrichtige Motive unangebracht zu geben, geben wir nachfolgend eine ausführliche Darstellung darüber wieder:

Die ersten Meinungsverschiedenheiten zwischen mir und dem preussischen Ministerium ergaben sich in der Volensfrage Anfang Januar, als nach dem Ausschreiben der unabhängigen Sozialdemokraten aus dem Ministerium ein ausgesprochenen Kurs gegen die Polen eingeschlagen wurde, und man auf die bisher von mir behaupteten Verhandlungsbedingungen ganz verzichtete. Es wurde jedoch zwischen dem Minister Gerlach und mir vereinbart, daß ich auf die Bearbeitung der Polensache verzichtete. Ich verließ damals im Ministerium, weil ich mich noch ein genügend großes Arbeitsfeld zur Reform der preussischen Verwaltung darbieten sah. Insbesondere hatte ich mich von da an zu befassen mit den Presseangelegenheiten der

nordwestdeutschen Frage, der Frage der Aufhebung der Grenzbeschränkungen der Reichslandvolksbanken und den Verhandlungen mit den Arbeitern und Soldatenräten. Vor einigen Wochen teilte ich dem Minister Gerlach mit, daß ich in verschiedenen Fragen der Reichspolitik gegen die Reichsregierung Opposition machen müßte, insbesondere wegen der in Aussicht genommenen Zusammenziehung der Friedensdelegation, bei der während des Krieges kompromittierte Persönlichkeiten in erster Linie stehen sollten, sodann wegen gewisser Maßnahmen Russes. In den letzten Tagen ergab sich für mich die Gelegenheit, auch gegen die Gesamthaltung der preussischen Regierung Stellung zu nehmen. Ich konnte die programmatische Rede Deines mit ihrer ausschließlichen Ausprägung gegen die Unabhängigen nicht gutheißen, da ich immer für ein Zusammengehen von Unabhängigen und Mehrheitssozialisten unter Ausschaltung gewisser bisheriger Führer eingetreten bin. Dieses Reden ist mir aber die Kunst zwischen Unabhängigen und Mehrheitssozialisten unüberwindlich zu machen und damit schwere Unruhen für die Zukunft zu bedeuten. Endlich mißfiel mir die Ankündigung, daß der Besetzungszustand in vollem Umfange, also unter Einfluß der Unterbindung des Verarmungsdrohens, aufrecht erhalten bleiben soll. Auch halte ich die Verhängung des Standrechts das ja inzwischen aufgehoben ist, für ebenfalls sachlich unbegründet wie juristisch ungerechtfertigt. Ich teilte dem Minister Gerlach am 18. mit, daß ich bei diesen Differenzen nicht mehr in der Lage sei, die Politik der Regierung zu vertreten und deshalb bitte, mich als ausgeschieden anzusehen.

Bisher hat der „Vorwärts“ weder von dem Rücktritt Gerlachs noch von seiner Begründung Kenntnis genommen. Ob er diese Verurteilung der Rechtssozialisten seinen Lesern mitteilen wird?

### Die Wirkung der Lügen.

Die amtlichen Lügen tun ihre Wirkung. Es geht die ganze Welt davon zu überzeugen, daß die Spartakuslumpen Verbrecher waren, vernachlässigt und verrotzt. Hier in Berlin haben sich diese Greuelmord nicht lange aufrecht halten lassen.

Aber im Reich glaubt man sie noch heute. Die bürgerliche Provinzialpresse hat sich bereit, die blutigen Grenzmeldungen der amtlichen Berichte abzudrucken. Und dabei ist es geblieben. Die Verhörungen, daß nicht 70 sondern 13, daß nicht 13 sondern 3, daß nicht 8 sondern daß ein Polizeibeamter ermordet ist die Tatsache, daß im Gegeßteil von den Regierungstruppen Hunderte von wehrlosen Gefangenen niedergemacht sind — diese Tatsachen bringt die Provinzialpresse gar nicht oder so ungenügend, daß noch heute viele Kreise im ganzen Reich sogar unter der Arbeiterklasse in dem Glauben leben. Keine habe mit gutem Recht das Standrecht verhängt, um Berlin vor der „bestialischen Grausamkeit“ der Spartakisten zu schützen.

Welt schimmer und verkehrt aber ist noch die Ansicht, die man dem Ausland beigebracht hat über die Zustände in Berlin. Ein Beispiel genügt. Die „Dassler Nationalzeitung“, eines der anständigen bürgerlichen Blätter, bringt noch am 11. März folgendes Telegramm:

(1) Berlin, 10. März. Ueber die gegenwärtige Lage in der Reichshauptstadt erfahren wir folgendes: In der Reichshauptstadt sind die Zustände wie in den schlimmsten Tagen des bolschewistischen Rußland. Jeder besser gekleidete Bürger wird vom Böbel unter Beteiligung zahlreicher Weiber bis aufs Hemd ausgezogen und dann totgeschlagen.

Jeder, selbst der bestgekleidete Bürger, der während der Haupttage in Berlin war, wird über die Ungeheuerlichkeit dieser Notlage lazen.

Aber zum Lachen ist die Sache nicht. Die deutschen Regierungen haben lange genug geglaubt, die öffentliche Meinung des Auslandes verachten zu dürfen. Wir sind mehr denn je vom Ausland abhängig, mehr denn je ist es nötig, daß das Ausland die Wahrheit über deutsche Zustände erfährt.

Gewiß wollen wir nicht behaupten, daß die Regierung Nachrichten von so ungeheuerlicher Art wie diese offiziell ins Ausland gibt. Indirekt aber sind auch amtliche Lügenberichte wie der über

den Pflanzenerwerb. Ist die ganze tendenziöse und unwahrscheinliche Stimmungsmache der amtlichen Hochrechnungen verantwortlich für das völlig falsche Bild, das das Reich von den Berliner, das das Ausland von den deutschen Zuständen im allgemeinen bekommt.

Nach diesem Bild aber richtet das Ausland seine Politik. Da das Bild falsch ist, muß notwendig auch die Politik eine falsche werden. Sie muß auf eine immer schärfere Isolierung Deutschlands hinauslaufen in geistiger wie politischer Beziehung.

So hat die tendenziöse und einseitige Berichterstattung der amtlichen Stellen zwei verhängnisvolle Resultate. Im Innern Verhängung auf der einen, Verschärfung auf der anderen Seite und als Folge: eine dauernde Verschärfung der Gegensätze vor allem in der Arbeiterklasse. Im Ausland aber erregt sie Mitleid, Angst und Mißtrauen gegen ein völlig verelendes, unzurechnungsfähiges Deutschland, das sich im stillen Bruderkampf zerfleischt. Und das Resultat: die Isolierung.

Zur Rettung gibt es nur ein Mittel: Wahrheit und Ehrlichkeit. Beides fehlt den amtlichen Berichten der Regierung. Aber nicht nur den Berichten. Beides fehlt der Regierung. Und so lange sie nicht anders wird, werden auch ihre Berichte nicht anders werden.

### Jaul Lenchs Ende und Glück.

Die Presse meldet die Ernennung von Jaul Lench zum Vizepräsidenten der Sozialistischen Partei an der Spitze der Berliner. Es ist tragisch, daß der streitbare einstige Redakteur der „Reiziger Volkszeitung“, der dann ebenso heftig bekämpfte, was er früher verteidigt hat, als Professor der Wirtschaftswissenschaften, sich auf das politische Altenteil zurückzieht. Die Revolution des Weltkrieges mit ihrem Herold Hermann Gollnow, deren Red Lench in der „Blode“ des Renegaten Barbus eintraten, ist abgelehnt durch eine echt deutsche Revolution, die allerdings ebensowenig nach dem Schema verläuft, in das Lench geschichtliche Ereignisse zu pressen liebt. England, das er so oft als Hort der Reaktion bekämpft hat, ist Sieger und das politische Programm des Sozialimperialismus und seine Politik haben Vankerozt gemacht. Alle seine Prophezeiungen haben sich als ebenso windig erwiesen, wie die Vorhersagen seines Bruders im Jahre des 40. für England. Es waren vorerst Revolutionen von jener Art, die Engels kennzeichnet: Sie sind geistreich, aber nicht richtig.

Das Schicksal von Lench spiegelt den notwendigen Gang der heutigen sozialdemokratischen Politik, deren Fehler Lench zur Klarheit übertrieb und vergrößert theoretisch zu begründen suchte. Die Massen sind die Leidtragenden dieser Politik. Je eher sie den Weg verlassen, auf den Professor Lench sie führen wollte, je früher sie sich von der Politik der jetzigen Führer der sozialistischen Regierungspartei abheben, desto erfolgreicher wird der Kampf der Arbeiter um den Sozialismus sein, um das Einzelne, das Lench verachtete und verächtete, um es durch einen Sozialimperialismus, durch eine Schwarz-Weiß-Revolution aller möglichen politischen Elemente zu retten.

### Die Lage in England.

Rotterdam, 18. März. Nach dem Neuen Rotterdamschen Courant bezeugt der Arbeiterkorrespondent des „Dally Chronicle“ die Lage in der englischen Arbeiterklasse als gefährlich.

### Die Verhandlung gegen den Mörder Jaurès.

Paris, 18. März. Der Prozeß gegen den Mörder von Jaurès wird am 24. März beginnen. Die Verhandlungen werden ungefähr sechs Tage in Anspruch nehmen.

### Das gute Geschäft.

Schon gegen Ende des Krieges haben die vorzüglichen Kapitalisten, denen deutsche Wertpapiere nicht sicher genug erschienen, ihr Geld in ausländischen Wertpapieren angelegt. Sie glaubten auf diese Weise ihr Vermögen vor dem Zugriff des Staates gesichert zu haben. Als vor einigen Monaten bekannt wurde, daß die Lebensmittelpreise Deutschlands aus neutralen und feindlichen Ländern mit durch diese Auslandswerte bezahlt werden müßte, ließen daraufhin sofort die Kurse der Auslandspapiere in der Erwartung, daß ihre Abgabe an das Reich ein

Gericht abbrechen einberufen. Der Militärarzt, der mich dort zunächst untersuchte, schrieb mich unter Ausdrücken der Verwunderung über seinen Berliner Fachgenossen „D. U.“. Der hinzukommende Sanitätsarzt beschäftigte nach eingehender Untersuchung dieses Zustandes und eröffnete mir daß ich wegen meiner offensibaren Dienstuntauglichkeit gar nicht erst eingeeiltet werden brauche. Ich war gerade dabei mich wieder anzukleiden, als ein Gefreiter aus der Schichtküche in das Untersuchungszimmer eintrat und in meiner Gegenwart, oder in Anwesenheit meiner Person, dem Arzt meldet, das Kommando — ich weiß nicht mehr, ob es das Ober-, General- oder Regimentskommando war — habe seinen Befehl mitgeteilt, der Rechtsanwalt Weinberg sei gestern zum Sanitätsarzt einberufen; es sei dort bekannt, daß er dienstuntauglich sei, er dürfe aber dennoch freinschick als dienstuntauglich entlassen werden. Nachdem der Arzt sich von der ersten Verlässlichkeit erholt hatte, meinte er mit Recht, es wäre praktischer gewesen, wenn ihm jene Erklärung eine Stunde früher gemacht worden wäre, da er sich dann der Mühe der Untersuchung nicht hätte unterziehen brauchen.

Ich wurde alsdann, wie alle anderen mit mir zusammen eingezogenen Kameraden, bis zum nächsten Tage nach Berlin beurlaubt, jedoch bereits nach einigen Stunden telephonisch nach Spandau zurückbeordert. Dort eröffnete mir mein Vorkommandeur den von oben eingelaufenen Befehl, mich jede Stunde bei ihm persönlich zu melden. Berlin sei mir strengstens verboten. Sonstigen Dienst solle ich nicht machen. Nachdem ich einige Tage in dieser so ungemün nährlichen Weise togeklagen hatte, erhielt ich statt der erhofften Dienstentlassung eine Freilassung nach Spandau und meine vom Generalkommando angeordnete Verweisung zur dortigen Armierung.

Nach dort hatte ich das Glück, zur Untersuchung zu gelangen, ehe den Arzt mein Urteilsbericht erreichte. Der Truppenarzt war sehr böse, daß ich nicht direkt von Spandau aus als d. u. entlassen sei und erklärte mich gleichfalls für dienstuntauglich. Er gab mir den wohlgemeinten Rat, dafür zu sorgen, daß ich sofort entlassen werde. Ich brauche nicht zu versichern, daß ich diesem Rats gern gefolgt wäre, aber das Oberkommando und sein Spiritus rector, Herr Druniger, hatten es anders bestimmt. Der Arzt erhielt kurz nach meiner Untersuchung von oben einen vertraulichen Schreibbrief, der ihn auf das Staatspräsidium meiner Person und die Unzulässigkeit meiner Entlassung hinwies. Eingewickelt erzählten mir, daß die verbotene Überreichung

### Wie sie wüelten.

#### Kriegserlebnisse aus der Frontperspektive.

Von Siegfried Weinberg.

Von all den inhumanen Mitteln, mit denen zum in Deutschlands „großer Zeit“ das „Durchhalten“ sicherte, ist keines niedriger und gemeiner gewesen, als das der sogenannten „disziplinären“ Einziehung zum Tode.

Die abzuwählende Heuschreck, die das Hauptkennzeichen des verfallenen Soldatenalters gewesen, freierte hier ihre Organe. Während es die rekonstruierten Durchhalter als das höchste Glück der Menschheit über Länder, sah — d. h. die anderen! — in die feilgrauen Maschaden Reden und zum gegenseitigen Händschneiden mit den Gräbern jenseits der Schwarzweilheit gepinselten Grenzspitze abdrücken und mitbränden zu lassen, machten sie in rührender Weisheitheit von diesem Wege zum höchsten Glück für sich selbst nur recht spödelich und widerwillig Gebrauch. Statt dessen wurde ihnen, die sich diesem System in den Weg stellten und inmitten dieses Wahnsinns der Menschheitsverwüstung das Ideal des völkervereinigender, unverfälschten Sozialismus hochhalten, dieses völkervereinigende Glück zwangsweise und geschwindig in ungezählten Fällen zuteil. Kein besseres Immunisierungsmittel gegen die mit Recht so beliebten mitfärschen Wehregungsbescheide gab es als recht prononziert zur Schau getragene „patriotische“ Gesinnung, wofür jede Veräußerung illegaler Einkünfte Gefährdung auf die Gesundheit so förderlich einwirkte, daß sie jeden Krüppel zum fruchtbarwendungsstüchtigen Helden machte.

Ueber dies System der Einziehung aus politischen Gründen ist im Krieg wenig in die Öffentlichkeit gedrungen. Der Presse und den Rednern in den wenigen zugelassenen Versammlungen verbot die Zensur doch eher etwas verlaulbaren zu lassen. Was unsere Redner im Reichstage hierzu zu sagen hatten, ist in der Öffentlichkeit so gleichgültig worden. Es findet deshalb hienichtlich Interesse, wenn ich darüber einiges aus meinen Kriegserlebnissen zum Besten gebe, um mit meinen schwachen Kräften zur Gunstigung und Verhinderung aller Schuldigen beizutragen. Dabei ich doch den größten Teil des Krieges auf einem Beobachtungsposten mitgemacht, der mir wie kaum ein anderer gestattet, in dieses unglück System hineinzusehen, nämlich als Angehöriger der alten Schützengruppe in der neuerrichteten Metropole Sibirien. Dort war das Hauptquartier der militärischen Schulabteilung. Von dort aus konnten die politischen Säuber am schnell-

sten zur Front abgeschoben werden. Bei anderen Truppengattungen mußte dem Abtransport zur Front stets erst eine längere Ausbildungszeit vorangehen. Der Armierungsdienst konnte jedoch, wenn es ein wohlwollendes Bezirks- oder Oberkommando wünschte, bereits einige Stunden nach seiner Einziehung zur Front abgeschoben werden. Auch die Gefahr, daß solche politische Säuber für dienstuntauglich erklärt wurde, war bei der Armierung am geringsten.

Ein charakteristisches Beispiel für die Skrupellosigkeit des Militarismus ist schon die Art und Weise, wie ich selbst zu dem zweifelhaften Verhängen kam. Inzwischen Jahre meines Lebens in der neuerrichteten Verbannung zu verlieren. Besonders belastend war für mich, wie ich später von eingewählten Seiten erfuhr, daß ich mich unterstanden hatte, auch Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Franz Mehring meinen juristischen Beistand zu leisten. Kaum hatte mir der tapfere junge Genosse Hellmann — nicht zu verwechseln mit dem Dindendurpapoßel gleichen Namens — mitgeteilt, daß ihm bei einer Vernehmung auf der politischen Polizei von dem vernehmenden Beamten mitgeteilt sei, er müsse sich jetzt einen anderen Rechtsanwalt suchen, da ich in den nächsten Tagen zum Geeressdienst einberufen würde, als auch schon eine ominöse Einladung auf mein Volt flatterte, zu einer Zeit als ich vom Geeressdienst noch zurückgekehrt war. Als ich der ehrenvollen Einladung, in die „General-Postpartionsstraße“ Folge leistete, war schon alles zum feindlichen Empfang des Offiziers vorbereitet. Selbstverständlich ersuchenbiete man es mit einem „Verloben“, daß man mich zum Bezirkskommando zitiert hätte, aber da man mir nun einmal meine kostbare Zeit geraubt habe, solle dies wenigstens nicht nutzlos geblieben sein. Der Herr Bezirkskommandeur führte mich selbst zu einem jungen Herrn, der seinem Alter nach anscheinend in den ersten Stadien der Vorbereitung zum Mediziner stand. Nach kurzer Beratung mit dem Bezirkskommandeur warf der Jüngere Reduklops einen flüchtigen Blick auf meinen Körperbau. Als ich ihn auf meine Leber nun einmal verhandenen schweren Krankheitsfällen und die darüber vorliegenden Gutachten erster medizinischer Autoritäten schiedert hinwies, äußerte er in edler Wissenschaftlichkeit, daß ihm meine Krankheitsfälle gar nicht interessierten und daß die Ärzte brauchen auch etwas zu tun haben wollten. Von diesen humanen Gesichtspunkten aussehend, lehnte er eine eingehendere Untersuchung meiner körperlichen Verfassung ab und ließ mich fruchtbarwendbar. Ich zweifle nicht, daß dieser junge Herr als Militärarzt glänzende Karriere gemacht hat. Ich wurde bereits nach einigen Tagen zur Spandauer Train-



gutes Geschäft bedeuten würde. Unsere Forderung, daß eine Beschlagnahme dieser Auslandswerte durch die Regierung nicht zu einem guten Geschäft für die Kapitalisten werden dürfe, ist damals von der kapitalistischen Presse sofort mit allem Eifer angegriffen worden. Die Kapitalisten wollen, daß die Werte zu den Tageskursen übernommen werden und die Tatsache, daß die Regierung sich geneigt zeigt, diesem völlig unberechtigten Verlangen zu entsprechen, da inzwischen eine weitere wesentliche Steigerung der Kurse hervorgerufen.

Wie hoch diese angeblichen Kurssteigerungen allein in den letzten Monaten geworden sind, zeigt eine Aufstellung, die das „Berliner Tageblatt“ im Handelsteil neulich veröffentlichte. Danach haben die festverzinslichen Auslandswerte seit Ende Dezember im Durchschnitt eine Steigerung von etwa 10 Prozent erfahren, die Dividendenwerte eine Steigerung, die im Durchschnitt sogar 30 Prozent beträgt. Diese Steigerungen sind im wesentlichen der Hoffnung der Spekulanten zu danken, daß eine Uebernahme der Papiere zu den Tageskursen stattfindet.

Wir halten ein derartiges Verhalten einfach für unmöglich. Die Spekulation und die Profitgier der Kapitalisten darf sich auf Kosten der Allgemeinheit nicht bereichern. Die Regierung muß alle Auslandswerte beschlagnahmen und darf dafür nur eine Entschädigung ausbezahlen, die Sondergewinne ohne weiteres vollständig aufhebt.

### Die Ketter d. r. Regierung.

Die Studenten sind unzufrieden mit der Regierung. So lange Kestel, Hänisch und Scheidemann um ihre Gunst buhsten und mit herabgeworfenen Bitten um ihren Eintritt in die Freiwilligenkorps sichten, stellen sie sich grobmißig „hinter die Regierung“. Da stehen sie noch. Aber das ist ihnen nicht genug. Sie beantragen eine privilegierte Stellung. Den äußeren Anstoß zu ihrer Unzufriedenheit bietet der Entschluß des Kultusministers, der die vorzeitige Schließung des Zwischensemesters verfügt und dadurch einen sanften Druck auf sie ausübt, damit sie „freiwillig“ in die Freiwilligenkorps eintreten. Dagegen projizieren die Studenten. Nicht, weil sie, wie die sozialistischen Studenten, die bereits gegen die ersten Freiwilligenaufrufe Stellung genommen haben, die Freiwilligenorganisationen als solche beanfeinden und den Gebrauch, den die Regierung von ihnen macht, beanfeinden, sondern nur aus wirtschaftlichen Gründen: sie wollen (und das ist sehr begründlich) nicht schon wieder ein Semester verlieren. Rum Teil aber, und es sind gerade die, die bereits in Kestels Söldnerkorps eingetretten sind oder geneigt sind, es zu tun, zum Teil aus den oben angeführten politischen Gründen. Ihre Forderung hat die „Deutsche Tageszeitung“ übernommen. Sie entrüstet sich über den Anstuf des Kultusministers, weil es in ihm heißt:

„Schulter an Schulter mit euren Übergeordneten aus dem Arbeiterstande sollt ihr jungen Akademiker der Regierung helfen, die Ordnung aufrechtzuerhalten.“

Das paßt der „Deutschen Tageszeitung“ nicht. Studenten und Offiziere Schulter an Schulter mit einfachen Arbeitern? Sie heißt fest:

In erster Linie bestehen die Freiwilligen, die unsere Grenzen schützen und im Innern den grausamen Kampf gegen Sozialismus führen, aus Offizieren, denen vielfach ihre früheren Vorgesetzten gefolgt sind, aus Studenten und sonstigen Angehörigen der gebildeten Stände — freilich mit recht geringer Parteizugehörigkeit. In ihrer Mitte sind die Söhne des Adels und der höchsten Mittelklassen.

Und nun reißt sie der „sozialistischen“ Regierung unter die Nase, daß sie von diesen Studenten und Offizieren „gerettet“ sei. „Aber“, fährt sie fort, „wie dürfen doch auch daran nicht vorbeigehen, daß unsere obere Schicht schon im Kriege in einem unerhörten Maße gebildet hat.“ Sie verdammt, daß im Kriege die Arbeiterklasse viel größere Verluste erlitten hat. Sie verlangt, daß die Arbeiterklasse auch jetzt noch blute und gegen „Spartakus“, d. h. gegen Arbeiter zu Hilfe geht. Sie möchte das Blut der Bourgeoisjünglinge schonen. Sie läßt lieber, wenn Arbeiter Arbeiterblut vergießen. Und sie „bedauert“ auch die „prekäre“ Existenz nicht einen Druck auf die Studenten auszuüben versucht, „um sie in besonderer Weise zum Eintritt in das Heer zu veranlassen“.

Kurzlich bedeutet die „Deutsche Tageszeitung“ durchaus nicht, daß Studenten in die Freiwilligenkorps eintreten. Sie hat im Gegenteil die Beträumel bzw. gerührt und möglichst viele Bürgerliche unter Rostes Fahnen gesammelt.

Was sie will, ist ganz etwas anderes. Sie will das Blut der Bürgerlichen schonen, sie will statt dessen möglichst viele Arbeiter als Kanonenfutter in die Freiwilligenkorps stecken, unter die Fährten der bürgerlichen Studenten und Offiziere, denen natürlich die Führerstellen reserviert bleiben lassen. Vor allem aber will sie die Regierung an die Verdienste der Studenten und Offiziere erinnern. Das ist das sozialistische „Gegengift“. 5 Mark Tageszulage ist dafür nicht genug. Sie beginnen auf ihre Verdienste zu pochen. Sie stehen, um noch einmal ihr so oft angewandtes Bild zu brauchen, noch immer hinter der Regierung. Aber mehr drohend — als kühlend. Den entscheidenden Revolver in der Hand. Wie mag der Regierung zu Mute werden, wenn sie sich eines Tages nach diesen Beschützern umsieht?

## Proletarier! Zeichnet Euer Scherflein auf unseren Sammellisten!

### So wird's gemacht!

In der berühmten Armee-Verordnung ist in einigen sehr dehnbaren Aufschubbestimmungen angeführt das Recht der Dauer und spätestens in vier Wochen abzuschließen in der Lage sein sollen, wenn sich der Führer gegen die bestehenden Bestimmungen verbeugt oder das Vertrauen seiner Soldaten nicht erhält bzw. nicht erlangen kann.

Wir haben von Anfang an Bedenken geäußert, daß man unserer bis zum Revolutionstage herrschenden Militärliste damit ernstlich ans Leder gehen könnte. Die Erfahrungen haben uns vollkommen recht gegeben.

Auch heute werden noch mit Duldung der sozialistischen Regierung genau so wie unter der wilhelminischen Zeit die durchaus berechtigten Beschwerden der Soldaten auf keine Weise abgemüht und so der Schein gewahrt, als wenn nichts faul im Staate Dänemark wäre.

Ein besonders trauriger Fall, der sich vor kurzem in Rühlhausen zugetragen hat, illustriert uns in diesen Tagen aus unserer Redaktion. Dort bemühen sich die Soldaten des Bezirkskommandos seit Wochen, den schon aus der Friedenszeit her berühmten Kommandeur, Oberst Krause, zu befechtigen, der es auch nach der Revolution nicht verstand, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen. Im selbstherrlichen Befehlssinn sucht er die Untergebenen zu dem alten Kadavergericht wieder zu zwingen, sagt während der Dienststunden wie eine rächende Nemesis durch alle Räume und schikaniert die Angehörigen des Bezirkskommandos durch sein lächerliches Querulantenstück. Die Angehörigen des Bezirkskommandos wagen schon gar nicht aus Furcht vor der Donnerstimme ihres Kommandeurs aufzutreten.

Anfang vorigen Monats haben sich endlich einige beherzte Unteroffiziere, die das Schikanieren ihres Kommandeurs nicht mehr weiter ertragen konnten, zusammengesetzt und eine umfangreiche Beschwerde an das Generalkommando gerichtet, in dem sie boten, ihn von seinem Posten abzurufen. Drei Wochen hat das Generalkommando zur Prüfung der Angelegenheit notwendig gehabt, um dann durch den Mund seines kommandierenden Generals kurz und militärisch erklären zu lassen, daß die Unteroffiziere des Bezirkskommandos, ihrem Kommandeur das Vertrauen abzusprechen, keinen triftigen Grund vorgebracht haben, daß aber der Oberst selbst den Wunsch geäußert habe, beim Bezirkskommando seinen Dienst mehr zu tun und deshalb die Angelegenheit wohl als erledigt betrachtet werden könnte.

Mit Recht wehren sich die Unteroffiziere gegen die böhnische Abfertigung ihrer durchaus gerechtfertigten Beschwerde, ganz besonders bedauern, weil sie durch Abhängen eines Telefongesprächs sich die Gewißheit verschaffen konnten, daß diese Entscheidung schon feststand und auf eine höchst bedenkliche Nachlässigkeit ihres Kommandeurs zurückzuführen war. Der Fall war

den Unteroffizieren insofern günstig, als sie in der Lage waren, ein Telefongespräch, das der Oberst mit Herrn Major Meines vom Generalkommando des 11. A. K. wegen seiner Dienstentlassung am 21. d. Mis. führte, abzufangen, in welchem der Oberst wörtlich das Generalkommando ersuchte, die Beschwerde der Unteroffiziere und des Rühlhäuser Arbeiters- und Soldatenrates als unbegründet abzuweisen und in der Weisung zum Ausdruck zu bringen, daß er freiwillig an Weiterverwendung verzichte, ihm aber viel daran gelegen sei, seine Kompetenzen noch 2-3 Monate weiter zu beziehen, nachdem ihm vom Generalkommando nahegelegt worden war, seinen Urlaub einzurufen, um so einem Nachprüfen der gegen ihn vorliegenden Beschwerde entgegen zu sein.

In diesem Anfinnen liegt eine demütig niedrige, unehrliche Beeinflussung eines hohen Offiziers vor, wie sie nicht schlimmer gedacht werden kann. Es wäre Sache der zuständigen, militärischen Gerichtsbefugnisse, hier eingehend einmal nachzuforschen, inwieweit hier eine bewußte Bestechung vorliegt. Sicher ist doch jedenfalls, daß ein einfacher Soldat, der ein ähnliches Anfinnen gewollt hätte, monatelang dafür ins Gefängnis gewandert wäre. Wir sind gespannt, wie in diesem Falle das Militärgericht entscheiden wird. Da dieser haarsträubende Fall rasche Abklärung erfordert, wollen die Unteroffiziere, wie wir hören, sich mit dem Befehl des Generalkommandos noch nicht zufriedengeben und durch den Korpskommandeur der nächsthöheren Instanz weitergeben. Ob es hilft? Wir zweifeln daran!

Das Gewerklächte bei dieser ganzen Handlungswelt liegt aber darin, daß die betreffende höhere militärische Dienststelle dem Anfinnen dieses „heinen“ Oberst nachzugeben und so sich mitschuldig gemacht hat, indem sie dem Oberst, der einen gebührenden Dankzettel verdient hätte, einen angenehmen Abschied bereitet.

### Soziales.

#### Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge.

Wie das Demobilisierungsamt mitteilt, soll in den nächsten Tagen eine Resolution zur Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden, die neben der Neuordnung mehrerer in der praktischen Durchführung aufgetauchten Streitfragen neue Bestimmungen enthält.

Um den Erwerbslosen den Entschluß, außerhalb ihres bisherigen Wohnortes Arbeit anzunehmen, zu erleichtern, erhalten sie nicht nur wie bisher freie Fahrt für sich selbst, sondern auch für die Familienangehörigen, die in den Beschäftigungsort mitreisen oder nachfolgen; außerdem noch eine angemessene Beihilfe zu den Reiseunterkosten für sich und für die Familienangehörigen. Auch kann die Gemeinde des letzten Wohnortes eine Beihilfe zu den Kosten der Beförderung des Umzugs leisten.

Eine weitere nicht unwichtige Bestimmung geht dahin, daß für Orte, in denen die bisher vorerwähnten Unterfütterungshöchstsätze gemäß der Sozialklasseneinteilung in einem Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung stehen, die Landräteentscheidungen eine Erhöhung dieser Höchstsätze bis zum 1. Juli d. J. zulassen, jedoch nicht über die Höchstsätze der Klasse A, d. h. 8 M., hinaus, vornehmen können.

#### Zur Steuerung der Wohnungsnot.

Der vom Ausschuss des Wohnungsverbandes Groß-Berlin festgestellte Bauhaushalt für 1919 rechnet für die Bewährung von Baufestengeldern insgesamt 13 Millionen Mark vor. Da vom Staat die gleiche und vom Reich die doppelte Summe gewährt wird, so stehen zunächst insgesamt 26 Millionen Mark zur Unterstützung des Baues von Wohnbauten und Neubauten in Groß-Berlin zur Verfügung. Vorbehaltlich besonderer Beschlussfassung über die Verwendung sind ferner in den Bauhaushalt für Landankauf, Beteiligungen an den Siedlungsgesellschaften und dergleichen 4,75 Millionen Mark eingestellt. Von den erwähnten 26 Millionen Mark Baufestengeldern sind für die Beschaffung von 8000 bis 7000 Mietwohnungen und von 250 Wohnungen in barackentypischer Bauweise 12 Millionen Mark bereitgestellt worden. Ferner sind vom Wohnungsverband für die Errichtung von 2100 Wohnungen im Hoch- und Flachbau 25 Millionen bereitgestellt worden, so daß von den 26 Millionen bereits über 40 Millionen Verfügung getroffen worden ist.

dieses Briefes an den Arzt dem damaligen Soldaten Kompanieführer militärisch das Genid getroffen habe.

Auch bei der Berliner Kommission, deren Vorsitzender ein Berliner Professor war, und deren Urteil für den ganzen Bezirk maßgebend ist, war mir das Glück hold. Das einstimmige Verdict lautete wiederum auf Dienstunfähigkeit. Die Herren unterhielten sich zwar vor meiner Untersuchung darüber, ob jetzt nicht der „Fall“ komme, zu dem Berliner Geheimalien vorlägen. Als sie diesbezüglich sahen, meinten sie jedoch, daß Frey Anrede auf ein Verbot beruhe. Ich wage nicht zu entscheiden, ob das Urteil anders ausgefallen wäre, wenn meine Geheimalien tatsächlich vorliegen hätten.

Über soliel Mißgeschick lief dem Oberkommando nun endlich die Waile über und es gab telephonisch den menschenfreundlichen Befehl, mich ins Lazarett zu sperren, auch wenn ich bis zum Ende des Krieges dort bleibe. Der behandelnde Arzt eröffnete mir aber nach kurzer Beobachtungszeit, daß ich in den nächsten Tagen entlassen werde, und zwar sollte meine Entlassung, wie ich von ununterrichteter Seite hörte, als dienstuntauglich erfolgen. Um dies Unglück vom Deutschen Reich abzuwenden, erschien jedoch kurz vor meiner Entlassung ein höherer Arzt auf der Wilschläge, der zwar das Gutachten des behandelnden Arztes bekräftigte, jedoch versicherte, daß ich noch einige Wochen im Lazarett bleiben und mich dort so erholen solle, daß ich als irgendeine diensttauglich entlassen werde.

Ich wurde dann auch tatsächlich einige Wochen später als dienstuntauglich arbeitsverwendungsfähig als Jurist im Heimatgebiete wieder nach Berlin entlassen.

Nachdem ich nun in Berlin zunächst einige Zeit auf Befehl des Truppenarztes, der mich nach wie vor für d. u. erklärte, überhaupt keinen Dienst machte, also als bloßer politischer Schutzhäftling die bürokratische Ruhe Soldats genoss, wurde mir schließlich die vom Vorgesetzten allein als zulässig bezeichnete „juristische“ Beschäftigung erteilt. Diese bestand darin, daß ich fortwährend bei Tisch und Bett vor der Truppenküche an die Kameraden die Esmarkens für das Dinner und Souper verteilen mußte.

Wenn ich im Vorhinein meinen Fall etwas ausführlicher erzählt habe, so geschah es deswegen, weil mein Fall nicht etwa vereinzelt, sondern durchaus typisch ist. Zahllos sind die politischen Schwerverbrecher, die an mir in Berlin vorbeigewandert sind. Doch die Militärbehörde hierbei einen ganz guten Mißgeschick hat, beweist mir die Tatsache, daß von den Genossen, die an der Revolution tätigen Anteil genommen haben, gar viele zeitweilig Kunden meines Soldaten Spielmarkenvertriebs ge-

wesen sind. So erwarben, um nur einige heranzugreifen, die Genossen Richard Müller, Oberlein und Walcher in Berlin ihre militärischen Kenntnisse, die sie später als Führer der Revolution so nützlich einsetzten. Auch Genosse Breitscheid nimmt es mir hoffentlich nicht übel, wenn ich ihn an die Wähe erinne, die er kostete, dort ein feiner Ränze entsprechendes Bett für ihn aufzutreiben.

Jeder Streik, jede Friedensdemonstration führte eine große Anzahl Genossen der Kameraderelaxationskompanie zu. Oft war die Zahl derselben so groß, daß es nicht möglich war, jedem einzelnen einen besonderen Stedbrief auszusprechen. Die Berliner Bezirkskommandos hatten sich dann damit, daß sie diesen Sündern ein besonderes Stigma auf den Gängelungsbeschlüß drückten, daß jedem Eingeweihten sofort ihre staatsgefährliche Gesinnung erkennbar machen sollte. Als derartige Stigmata konnte ich in Berlin zunächst das Wort „Kobler“, dann das Wort „Bragant“ und später die Hieroglyphen „Jahrgang 1917/18“ und schließlich bei den Offizieren des hiesigen Januarstreiks die salomonische Bezeichnung „Berlin 1918“ feststellen. Es ist bekannt, daß sich hierbei die Militärbehörden als ein Teil jener Kraft erwiesen haben, die bis das Böse will und doch das Gute schafft. Ist doch gerade durch diese systematische Einreihung unserer Gesinnungsgenossen in das Heer der revolutionäre Geist in demselben zersetzt worden!

Die Unladbriefe, die unsern Freunden auf den Weg gegeben wurden, ähnelten geradezu frappant ihrem historischen Vorbilde, dem Briefe, den König David seinem Rebenhändler Urias mit auf den Weg gab, in dem es bekanntlich erfuhrte, den Heberbringer auf einen recht gefährlichen militärischen Posten zu stellen. Schreiben der Militärbehörden, in denen ersucht wurde, den Gefangenengenen dem ersten Transport zur Front anzugliedern, waren die Regel. Mächtig wurde geradezu die Einreihung bei einer im Weiten in der Feuerlinie stehenden Kameraderelaxationskompanie verlangt. Daß derartige gekennzeichnete Leute nicht für d. u. erklärt werden dürfen, war selbstverständlich.

Die schmutzigen Fälle von Straußlosigkeit dieser Art sind mir aus Rückfragen berichtet worden. Dort wurden die aus irgend einem Grunde oben anhängen zur Front gehenden Soldaten in der sog. Besessliste, die bei jedem Truppentransport mitgeführt wird, mit einem roten Kreuz versehen. Auf Befragen erklärten hiesige Offiziere, die angekreuzten Soldaten seien solche, „auf deren Rückkehr kein Gewicht gelegt wird“. Tatsächlich soll auch von den so gekennzeichneten der

größte Teil nicht zurückgekehrt sein, was für denjenigen, der die Gefahren der Posten und Schleichpatrouillen kennt, leicht erklärlich ist.

Die hier angeführten Beispiele liegen sich noch um zahlreiche ähnliche vermehren, dürfen bereits zur Kennzeichnung des Systems des Militarismus genügen. Würde eine radikal-sozialistische Säuberung endlich mit eisernem Besen in diesem Kugelhall gründlich aufräumen!

### Kali.

Das deutsche Kalimonopol ist nicht nur darin, weil wir das Eisen mit seinen reichen Vagern verlieren, auch neue Runde in anderen Ländern hätten es schon industriell gemacht. Nach der „Weltwirtschaftszeitung“ hat man auf Sizilien riesige Kalislagern entdeckt. Spanien hat gleichfalls bedeutende Kalislagern innerhalb seiner Grenzen festgestellt und die Vereinigten Staaten erzeugen, allerdings zu sehr hohen Preisen, Kalisalze aus Naturkoffen (Kampfen) und Industrieabfällen. In Italien, Spanien und hoffentlich auch in Deutschland wird der Kalibau und -handel, Gegenstand von Staatsmonopolen werden.

### Kunstkalender.

In der Erbauung des Nikolai Gogols „Gegart“, die am Sonnabend, den 22. März, in der Volkshalle stattfand, sind in den Hauptrollen beteiligt u. a. die Damen Kanno, in Weißleder, Albrecht, und die Herren Derfeld, Fuchs, Stoll-Rohrbach, Regie: Jürgen Freling. Bühnenleiter: Karl Jakob Hirsch.

Volkshauskonzert. Im XVI. Konzert des Verbandes der Freien Volkshäuser, das am Sonntag, den 20. März, mittags 12 Uhr, im Theater am Bülowplatz stattfand, wird das Klingler-Quartett Pogart und Brethoven zum Vortrag bringen.

Konst. I. Wegner hält am Mittwoch, den 19. März, 8 Uhr, in der „Kranke“ einen Vortrag mit Bildnissen: „Die Ausbreitung des armenischen Volkes in die Wälder“.

Der perlische Ablauf des Lebens ist der Titel eines Vortrags, den der bekannte Biologe Dr. Wilhelm Reich am Donnerstag, den 20. März, abends 8 Uhr, im Volkshaus-Bund, Götterstr. 34, halten wird.

Ludwig Hardt spricht Sonntag, 20. März, 8 Uhr, Reichert, Altkamer Strake, Koppel (auch weitere) von Helms („Schandenspiegel“), Kaufmann, Bedefind („Kobler“) und „Kobler“ von Reich u. a.



# Groß-Berlin.

## Arbeitslos.

Wochenlang ging in der bürgerlichen Presse die Hege gegen die Arbeitslosen, hier und da lehrte sie auch jetzt noch hervor. Der Arbeitslose galt und gilt noch beim fassenen Philister als „Arbeitsheuer“, der keine Rücksicht verdiene. Da ist es immerhin anerkennenswert, wenn auch mal ein bürgerliches Blatt die Dinge so zeichnet, wie sie in Wirklichkeit sind. In der Sonntag-Nummer des „Uhr-Abendblattes“ plaudert Hermann Jucker über einen Besuch des Arbeitsnachweises in der Hermannstraße. Man merkt es dem Artikel an, daß er nicht schwarz in schwarz malen will. Und doch sind die Bilder, die er aufmalen läßt, trüb genug.

Ein Bild zeigt die Hoffnungslosigkeit. Hier blickt sich förmlich das Elend eines Volkes zum Anblick der Entmutigung zusammen nirgends scheint der wirtschaftliche Kain, die Katastrophe, die Wiederkehr eines 70-Millionen-Reiches so erschreckend deutlich zu werden. Es ist, als ob alle Rot Deutschlands sich in dieser so düsteren, beklemmenden Schraube zusammenbränge, denn hier warten Tausende, aber Tausende auf Arbeit, die ihnen Brot, Ruhe und Lebensfreude geben soll.

Viele sind schon seit Monaten „Stammgäste“. Eine strenge Trennung nach Berufen findet nicht mehr statt, denn alle gehören ja doch nur einer Kategorie an, der Kategorie der Arbeitslosen, Hoffnungslosen und Entmutigten! ... Die Hoffnungslosigkeit! Die, die sie verlassen sind, sitzen mit unendlich vielen Geschickten in den Ecken. Die meisten schlafen. Es ist ein beklemmender Anblick: Menschen, die aus Entmutigung schlafen! Sehr wenige nur können von der Arbeitslosenunterstützung den Luxus des Kasierens und Hausweidens leisten. Und man raucht „Loll“.

Und nun schildert der Verfasser den Verlauf des Geschäftsganges auf dem Arbeitsnachweis. Die Kontrolle, die ziemlich rasch vorfallen geht. Es gibt auch Betrüger, die einen Erwerb haben und dennoch Arbeitslosenunterstützung beziehen. Man versucht, sich dagegen zu wehren, nicht ganz mit Erfolg.

Ist die Kontrolle beendet, das Existenzminimum, das von trockenem Brot, Kartoffeln und einigen, noch für Bienen zu erstehenden Lebensmitteln hart begrenzt wird, sichergestellt, dann wartet man, bis der große Augenblick kommt, wo ein Beamter die Tür öffnet und von „nem Bodium aus die Arbeitsgelegenheiten austritt. Solche, die einigermassen lohnend, wenn auch schwer sind, haben viel zu viel Bewerber. Andere, die schlecht bezahlt werden oder nur ungewissen Verdienst garantieren (Straßenhandel, Versicherungvertrieb, Versicherungsreisen) laden nicht viele an. Wer die Sache kennt, läßt sie nicht mehr an.

Auch Arbeitsheute gibt es. Wer wollte das bestritten. Für Krupellose Naturen gibt es auch ein Leben ohne Arbeit. Und unsere heutige Zeit hat solche Naturen leider genug geschaffen. Wenn ihnen die Unterstützung entzogen wird, ist der Allgemeinwohl am gedient. Doch in der großen Masse der Arbeitslosen verkrüppeln sie.

... Mehr als 270 000 Arbeitslose sind es, denen Arbeit, Brot und, endlich, Ruhe verschafft werden soll. Es ist unbeschreiblich schwer. Die Plakate mit den Appellen: Arbeiter, geht aufs Land! haben leicht reden. Tatsächlich ist die Nachfrage vom Lande nach Arbeitern sehr gering, fast unbedeutend. Eingelommen, daß die Unterkunftsverhältnisse auf dem Lande vielfach so schlecht waren, daß die Arbeitslosen sich weigerten, weiter „aufs Land“ zu gehen. Auch die Nachfrage der Bergwerke nach Arbeitern ist kaum nennenswert, es ist also nicht zu verstehen, wie über einen Arbeitermangel in den Bergwerken geklagt werden kann. Weiter: Alle Bemühungen des energischen Direktors des Arbeitsnachweises (der uns lebenswürdig dies auseinandersetzt), den Berliner Arbeitslosen in nichtpreussischen Gebieten Deutschlands Arbeitsgelegenheiten zu verschaffen, hatten größtenteils den Erfolg, daß ihm in konsequenter Partikularismus abgemahnt wurde: Behaltet Euch Eure Arbeitslosen alleine! Wie also sollen die Berliner Arbeitslosen in die kleinen Städte, aufs Land, in die Provinz gehen, wenn man ihnen dort keine Arbeit gibt?!

Wir wollen abwarten, wer nach diesem erschütternden Bild, das mit feinem Griffel nach der Natur gezeichnet ist, noch einmal seine schmutzige Hand gegen die zur Arbeitslosigkeit, zum Hungern verdamnten ausstreckt. Ganz verkrüppeln wird die Hege gegen sie ja nicht. Es gibt noch genug Elemente, die den Arbeiter hinabsinken lassen mögen zu einem Paria, zu einem Ausgestoßenen, der seinem Herrn aus der Hand frisst. Glücklicherweise sorgt die politische Reife der Arbeiterschaft dafür, daß es nicht so weit kommt.

## Bermittler.

In diesen Tagen sind viele Personen vom Hause fortgegangen und sind nicht wieder heimgekehrt. Die Angehörigen sind um das Schicksal der Bermittler besorgt und wissen vielfach nicht, wohin sie sich zu wenden haben. Sie richten ihren Blick nach dem Leichenhaus, sie gehen nach den Krankenhäusern oder sie wenden sich an Gefängnisse. Tote und Wunden gehören dazu, um bei den vielen Anhalten herumzukommen. Alleinlebende Frauen sind gar nicht in der Lage, überall umherzufragen und es ist begreiflich, daß sie sehr besorgt sind um das Schicksal der Bermittler. An eine bestimmte Stelle können sie sich nicht wenden, da allein die Verhafteten in verschiedenen Gefängnissen untergebracht sind. Und mit den Toten und Verwundeten ist es ebenso. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß die Angehörigen Nachricht bekommen. Soweit es sich um Tote handelt, die ohne Papiere eingeliefert worden sind, so müßten diese Personen an einer bestimmten Stelle — im Leichenhaus — registriert werden können, wie das sehr oft, auch diejenigen, die in Vororten ums Leben gekommen sind. Und die Angehörigen müßten sofort den Angehörigen schreiben können oder die zuständigen Behörden muß verpflichtet werden, den Angehörigen Nachricht zu geben.

Das war früher der Fall, heute scheint man diese Pflicht nicht mehr für nötig zu halten. Die Polizeibehörde hat die sachliche Klärung über den Verbleib von Bermittlern zu schaffen, da das zu ihrer Aufgabe gehört. Sie sollte diese Pflicht mit dem nötigen Eifer und mit der Verschonung erfüllen, die in der Sache begründet ist.

## Im Leichenhaus.

Was jetzt sind aus Anlaß der letzten Vorgänge 229 Tote noch dem Leichenhaus gebracht worden. Darunter befinden sich 18 Frauen und Mädchen. Die Gesamtzahl der Toten läßt sich immer noch nicht feststellen. Man weiß zum Teil gar nicht, wo überall noch Leichen vorläufig geborgen sein können. Von den Toten, die das Schauhaus aufgenommen hat, waren mehr als die Hälfte zunächst unbekannt. Einige besaßen doppelte, andere gar keine Ausweis-papiere. Das erklärt sich wohl hauptsächlich aus der Hast und Verwirrung, die beim Abbringen der Leichen von dem Todesort nach dem Schauhaus herrschten. Die Entschlossenen wurden an Ort und Stelle immer eilig auf Papiere untersucht. Diese steckte man den Toten wieder zu. So kam es wohl, daß man den einen überging, während man dem anderen mehrere Papiere mitgab. Die schwierige Aufgabe der Beamten des Schauhauses war es dann, Angehörige zu ermitteln und sie zur Bestattung der Verstorbenen zu einem Gang nach dem Schauhaus zu veranlassen. So gelang es die zunächst Unbekannten zum größten Teil nachträglich festzustellen. Nur 21 Tote sind auch jetzt noch unbekannt. Von 13 Männern haben sich bisher nur die Namen, aber noch keine Angehörige ermitteln lassen. Die Namen lauten: Philipp Klapper, Paul Schulz, Otto Nielschewski, Heinz Krahe, Carl Heinkel, August Reichmann, Ernst Durst, Otto Danneberg, Ernst Goebel, Franz Gille, Gustav Plemann, Hans Glas und ein gewisser Wittke. Diese Tote sind vielleicht alles Männer von außerhalb, deren Geschlecht den Angehörigen noch nicht bekannt ist. Zur Beerdigung werden von der Staatsanwaltschaft die Leichen sofort freigegeben, sobald die Verstorbenen feststehen. Durchschnittlich werden jeden Tag 15 bis 20 Opfer auf den verschiedensten Friedhöfen von den Angehörigen bestattet. Einige Angehörige leisten die Bestattung ab, wohl durchweg, weil ihnen die Mittel dazu fehlen. In solchen Fällen werden die Toten auf allgemeine Kosten beerdigt, aber nicht in einem Kostengrab, sondern immer auch in Einzelgräbern in Bud.

Die Sicherstellung des Nachlasses der Opfer der Unruhen verursacht den Beamten des Schauhauses ebenfalls viel Arbeit, bringt ihnen aber umso weniger Dank ein. Sie sammeln alles, was sie bei jeder Leiche finden oder was mit dieser vom Sterbenden mitgebracht worden ist, zu Paketen, die sie dann mit einer genauen Bezeichnung versehen. Sobald die Leiche festgestellt ist, werden diese Pakete den Angehörigen ausgehändigt. Nun kommt es aber wiederholt vor, daß Angehörige diesen oder jenen Gegenstand vermissen, und sich darüber beschweren. Das liegt aber niemals am Schauhaus, in dem nur alte bewährte Beamte, keine Hilfskräfte, den Dienst versehen. Es ist immerhin möglich, daß Leichen, die längere Zeit am Sterbort gelegen haben, dort beraubt worden sind. Ebenso leicht kann aber auch auf dem Wege nach dem Schauhaus bei dem nur befehlsmäßigen Transport überlist verfahren gegangen sein.

**Gegenstand.** Am Dienstag morgens 47 Uhr wurde Genosse Jutzan verhaftet. Seine Verhaftung soll mit der Friedrichshagener „Entsorgung“ zusammenhängen. Wir können den Genossen mitteilen, daß von unserer Seite alle Schritte unternommen worden sind, die Festsetzung Jutzans in die Wege zu stellen. Gleichzeitig müssen wir auf das Euergefühle gegen die Verletzung eines Teils von Epenid durch die Kolllegade protestieren. Wir denken, daß wir in Epenid während und nach dem Generalstreik für absolute Ruhe und Ordnung Sorge getragen haben. Das Auftreten der Kolllegade kann nur dazu beitragen, Erregung in die Epenider Arbeiterschaft zu tragen. Wir erwarten daher, daß wir in Zukunft von solchen Besuchen verschont bleiben.

Unsere Märzfeier, die gestern abend stattfand, wurde durch die Vorgänge nicht berührt. Aber das, was geschehen ist, trug dazu bei, den revolutionären Geist zu erhöhen und zu vertiefen. Die Veranstaltung nahm einen prächtigen Verlauf. Sobald wir näheres über den Genossen Jutzan erfahren, teilen wir dies der Bevölkerung Epenids mit.

Eine Vereinigung sozialistischer Juristen hat sich in Berlin gebildet, in deren Aufsicht Dr. Platon zu Freitag, den 21. März, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, eine Versammlung nach dem katholischen Vereinshaus, Riederwallstr. 11, einberuft. Küher

einer Ansprache über die Reichsverfassung Referenten Professor Rodbruch und Dr. Korfes soll die Konstituierung der Versammlung erfolgen.

## Aus den Organisationen.

**Reußien.** Donnerstag, den 20. d. Mts., abends 6 Uhr, im Parteibureau Sitzung des Vorstandes und Beirats.

**Öpenid.** Volkstheater U. S. V. Rabobend findet am Donnerstag, den 20. März 1919, abends 7 Uhr in folgenden Solisten statt: 1. für die Tammarschacht bei Lehmann, Bohnhoffstr. 44; 2. für die Kolllegade bei Jutzan, Riederwallstr. 11; 3. für die Kolllegade bei Jutzan, Riederwallstr. 11; 4. für die Kolllegade bei Jutzan, Riederwallstr. 11. Vorstand: Der Vorstand.

**H. S. V. Johannisthal.** Donnerstag, Mitgliederversammlung der H. S. V. im Lindenlohe, abends 7 Uhr. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Referent: Genosse Brunnler.

Verantwortlich für die Redaktion: Witzob Witzob, Reußien. — Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck: Berliner-Druckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schillingenstraße 19.

## Berliner Bürgertum

## Berliner Bürgerwille

## Zeichnet Berliner Stadtanleihe von 1919

## Gute Bücher für den Ehestand

In mehr als 100 000 Familien verbreitet.

### Der Mensch

Werden, Sein und Vergehen, von A. Fischeroff. Mit vier farbigen Tafeln und 276 Illustrationen. Preis gebunden 7,50 M., gebd. 10 M., ferner

### Mann und Weib

eine Gesamtdarstellung ihrer physiologischen, sittlichen, ethnologischen und kulturhistorischen Beziehungen von Dr. E. Hertens. Ein 470 Seiten starker Band, geb. 6 M., gebd. 8 M.

Eines der besten und jüngsten regenerierten Werke ist

## Das Geschlechtsleben des Weibes

von Frau Dr. Hilber Dückelsmann, 10. vermehrte und verbesserte Auflage mit vielen Illustrationen und einem zerlegbaren Modell des Frauenkörpers in der Entwicklungperiode. Preis gebunden 6 M., gebunden 6,50 M.

Für die junge Frau, die Mutter unentbehrlich, für jeden Mann begehrt.

Professor Kohler nennt das begeistert aufgenommene, fassen in 3 Auflagen erschienene Werk

## Die aufgeklärte Frau

von Traska Bogienski „Das Weib, das je über und für die Frau erschienen ist.“ Mit künstlerischen Illustrationen, die Frau in allen Lebenslagen. Gebunden 6 M., gebd. 6,50 M.

Wer gute Aufklärung haben will, der lese diese vorzüglichen Bücher. Männer und Frauen der Wissenschaft geben hier ihr Bestes an Lebenserfahrung. Die Bücher sind einzeln oder zusammen zu beziehen durch:

Bogler & Co., Berlin NS 9, Röhrenstr. 27, Hbt. 8.

## Zeitungsfrauen

werden noch in nachstehenden Expeditionen eingestellt:

### Berlin:

- Reußien, Oberstraße 10.
- Central, Lindenstr. 16.
- Radbar, Wollweberstr. 2.
- Genoss, Wollweberstr. 14.
- Wollweber, Wollweberstr. 14.
- Wollweber, Wollweberstr. 14.
- Wollweber, Wollweberstr. 14.
- Wollweber, Wollweberstr. 14.
- Wollweber, Wollweberstr. 14.
- Wollweber, Wollweberstr. 14.

### Charlottenburg:

Wollweber, Wollweberstr. 14.

### Lichtenberg:

Wollweber, Wollweberstr. 14.

### Niederschöneweide:

Wollweber, Wollweberstr. 14.

### Steglitz:

Wollweber, Wollweberstr. 14.

### Wilmersdorf:

Wollweber, Wollweberstr. 14.

## Der Sozialist.

(Früher Sozialistische Auslandspolizei).

Unabhängige sozialdemokratische Wochenchrift.

Herausgegeben von

Dr. Rud. Breitscheid.

Unter ständiger Mitwirkung von:

Ed. Bernstein, H. Bloch, H. Haase,

K. Kautsky, A. Stein, H. Ströbel u.a.

Abonnements vierteljährlich 3 M., Einzelnummer 30 Pf. Bezahlungen sind anzugeben bei der nächsten Postanstalt, bei den Expeditionen der Freiheit oder in der Haupt-Expedition derselben, Berlin NS 6, Schillingenstraße 19 IV.

### Achtung!!

Niederschöneweide

Die Expedition der „Freiheit“ befindet sich Sedanstraße 57 bei Schallranitz.

### Botenfrauen

welche in der Nähe des Magdeburger Pl. wohnen, werden verlangt. Marie Döring, Steinmetzstraße 23.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

### Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen

der Klemper

**August Liszczenki,**

Kl. Stützger Str. 6, am 7. d. Mts.,

der Helfer

**Gustav Günther,**

Oranienberger Str. 22, am 13. d. Mts.,

der Schlosser

**Artur Fink,**

Schmidtstr. 14, am 8. d. Mts.,

der Rohrlager

**Max Obiegto,**

Blumenstr. 22, am 10. d. Mts., gestorben und

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

### Leinen, Nessel,

Drell, Inlett, Demart, Anzeiger, Peter, laut Klingberg, Marburger Str. 8, Steint. 6697.

### Toppich, Läufer,

Matto, laut Klingberg, Marburger Str. 8, Steint. 6697.

## Dankwagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimzuge meines langjährigsten avogulischen Mannes und guten Vaters

**Max Buske**

sowie für die tröstlichen Worte des Herrn Pastor Richter am Sarge und

Grabe unseres letzten Entschlafenen und besonders für die zahlreichen Spenden von Seiten der R. S. W., sage ich als diesem Dank meinen herzlichsten Dank.

Berlin, 17. 3. 1919.

Lortzstr. 11.

Frau Ida Buske geb. Müller geb. 1847.

### Unabhängiger Sozialdem. Wahlvereins

i. d. G. Bez. Reichstagsw. 4. Abt. Bezirk 231.

### Nachruf.

Am Sonnabend, den 8. März, wurde bei dem Wege v. Gewerkschaftshaus n. 56, zur Wohnung unter Gewerkschaftshaus **Gustav Gump,**

Hagenstraße 16, durch einen Granatsplitter der Nothilfe getroffen und ist inzwischen verstorben.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung hat am Montag, den 17. d. M., bereits stattgefunden.

Der Vorstand.

## Spezial-Behandlung

von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden

jeder Art bei Männern und Frauen, 3028. Veraltete (chronische) Harnleiden u. Ausflüsse, nervöse Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blutuntersuchung, Licht- und Finsen-Behandlung, Quecksilber-Entziehungs-Kuren, Eigenes Kor-Bad für elektrische und medizinische Bäder, Obere Dorchesterstr., Götterstr. 11, für Damen und Herren.

Aerztlich geleitete Heilanstalt.

**Löser, Münzstr. 9,** nahe Alexanderplatz

D-1, 4-5, Sonntag 9-11.